

**„Handeln für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt mit Kontinuität und
Verlässlichkeit“**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir verabschieden heute nach eingehenden Beratungen in den jeweiligen Fachausschüssen und Ortsbeiräten den Doppelhaushalt für das laufende Jahr 2013 und das Jahr 2014. Es ist der erste Doppelhaushalt nach Einführung der kommunalen Doppik, die für uns alle hier im Rat wesentliche Veränderungen in der Darstellung und Systematik gegenüber dem kameralen System mit sich brachte.

Aus unserer Sicht liegen die Vorteile eines Doppelhaushaltes in einer besseren und verbindlicheren Planbarkeit für den Zeitraum des Haushaltes; Projekte und Maßnahmen können zielgerichteter und ohne Verzögerung angegangen und letztlich vielleicht auch wirtschaftlicher umgesetzt werden. Eventuell notwendige Korrekturen können unterjährig in einem Nachtragshaushalt erfolgen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
unsere Stadt steht auch in den kommenden Jahren, und sicherlich auch darüber hinaus, weiter vor großen Herausforderungen. Diese gilt es auch weiterhin gemeinsam, Rat und Verwaltung, zu meistern. Es gibt aus Sicht meiner Fraktion weiterhin keinen Spielraum für unkalkulierbare Experimente.

Die SPD Fraktion steht zu ihrem Leitgedanken: „Sparen und dennoch gestalten“.

Der vom Kämmerer Dieter Feid im Dezember des vergangenen Jahres eingebrachte Doppelhaushalt weist im Ergebnishaushalt 2013 ein Minus von 57,4 Mio. € und für 2014 ein Minus von 68,6 Mio. € aus. Große Veränderungen gab es nach den Beratungen in den Ausschüssen und OBR nicht. Wie angedeutet, gab und gibt es für Wünsche keine Spielräume. Das Notwendige und für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Wichtige hat Priorität, soweit es finanzierbar ist. Investitionen in Höhe von insgesamt rund 98 Mio € für beide Jahre werden schwerpunktmäßig in den Bereichen Ausbau der Kindertagesstätten, in den Schulbau wie auch in den Straßen- und Hochbau eingebracht.

Der finanzielle Verteilungsrahmen ist nach wie vor sehr eng, trotz steigender Steuereinnahmen gegenüber den letzten Jahren. Ich betone auch in diesem Jahr, und hier werde ich auch nicht müde: Wir brauchen eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen. Das heißt, Bund und Land sind gefordert die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie die ihr übertragenen Aufgaben und ein Mindestmaß an freiwilligen Leistungen ohne Neuverschuldung erfüllen können. Darüber hinaus bedarf es der nachhaltigen Lösung der Altschuldenproblematik. Mit der Teilnahme der Stadt Ludwigshafen am Kommunalen Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz wurde hier ein erster wichtiger Schritt gemacht, dem weitere folgen müssen.

Hier erinnere ich nur an das von uns kaum beeinflussbare strukturelle Defizit im Bereich der sozialen Sicherungen, welches in 2013 mit 81,2 Mio € und in 2014 mit 79,7 Mio € veranschlagt ist.

Ich zitiere hier gerne den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Dr. Stephan Articus, der in einem Beitrag in der Broschüre des Städtetages vom Juli 2012 ausführte:

„Zur demokratischen, nach dem Willen der Bürgerinnen und Bürger gestalteten Stadt, gehört auch ein solides finanzielles Fundament. Aus kommunaler Sicht sind daher immer zwei Argumentationen gleichzeitig hervorzuheben: Wir müssen sicherstellen, dass die Kommunen ausreichende finanzielle Mittel haben und wir müssen deutlich machen, wofür die Städte diese Mittel benötigen. Stadtpolitik ist letztlich darauf ausgerichtet, die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger fortlaufend zu sichern und zu verbessern“.

Wofür die Mittel bei uns in Ludwigshafen benötigt werden, zeigen die Ansätze im Doppelhaushalt. Wir sehen keine Maßnahme und kein Projekt, welches für unsere Stadt nicht sinnvoll und notwendig wäre.

Wir schaffen es schon seit Jahren nicht mehr, die vom Bund und Land aufgebürdeten Aufgaben ohne die Aufnahme von Krediten zu erfüllen. Dies gilt auch für unsere eigentlichen kommunalen Aufgaben, wie die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, die Sport- und Kulturförderung oder der Erhalt der Infrastruktur und die Daseins-Vorsorge.

Es wird immer über Rettungsschirme für Eurostaaten geredet. Es ist sicherlich nicht abwegig festzustellen: Wir brauchen etwas Vergleichbares für Kommunen, dies gilt insbesondere für Großstädte, die die großen sozialen Lasten vor Ort tragen müssen.

Deshalb haben wir auch hinsichtlich der anstehenden Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs die folgenden beiden zentralen Forderungen unseres Kämmerers an die Landesregierung unterstützt:

1. Es muss der bisherige Soziallastenansatz so verändert und verstärkt werden, dass zukünftig alle Soziallastenträger finanzkraftunabhängig und entsprechend ihrer tatsächlichen Ausgabenbelastung berücksichtigt werden.
2. Die Schlüsselzuweisung B1 muss unbedingt erhalten bleiben, besser noch gestärkt werden.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat in der vergangenen Woche die Einzelheiten des Gesetzentwurfes zur Reform des Kommunalen Finanzausgleichs vorgestellt. Es ist gut, dass unsere beiden Forderungen Eingang in Reform gefunden haben und Ludwigshafen insbesondere bedarfsorientiert bei den Sozial- und Jugendhilfeausgaben jährlich im zweistelligen Millionenbereich entlastet werden soll. Unser strukturelles Defizit wird dadurch verringert, aber bei weitem noch nicht beseitigt. Ob der Kommunale Finanzausgleich aus Ludwigshafener Sicht damit gerechter wird, bleibt einer genaueren Betrachtung vorbehalten. Klar ist jedenfalls, dass aus unserer Sicht der von der Landesregierung vor dem Hintergrund der Vorgaben des Verfassungsgerichts angestrebte landesweite positive Finanzierungssaldo aller Kommunen nur ein erster Schritt sein kann, dem weitere Schritte bezüglich der horizontalen Verteilungsgerechtigkeit folgen müssen.

Einen weiteren guten und richtigen Schritt bezüglich des Schuldenabbaus haben das Land RLP und die Stadt Ludwigshafen bereits in vergangenen November getan und zwar mit der Vereinbarung der Teilnahme der Stadt am Kommunalen Entschuldungsfonds RLP. Dieter Feid hat in seiner HH-Rede die Zahlen und Fakten, sprich die finanziellen Auswirkungen für unsere Stadt genannt. Der Jahresanteil über 15 Jahre am Fond beträgt 31 Mio. €, bei einem von der Stadt zu erbringenden Eigenanteil von 10,3 Mio. €. Mit der im Rat beschlossenen Teilnahme an dem KEF wird es der Stadt gelingen einen Teil der Altschulden echt zu reduzieren.

Auch auf Bundesebene müssen Veränderungen vorgenommen werden. Zeitlich eng begrenzte „Wohltaten“ wie die BuT-Mittel sind zwar unbedingt notwendig und helfen auch enorm. Allerdings werden hier auch Erwartungshaltungen erweckt, die dann nach Auslaufen der Mittel wieder von der Stadt zu tragen sind. Ich hoffe sehr, dass hier eine Weiterführung durch den Bund auch nach 2013 hinaus gewährleistet sein wird.

Eine weitere Hoffnung verbinde ich auch mit dem Versprechen des Bundes im Rahmen der Fiskalpaktverhandlungen nach der Bundestagswahl einen maßgeblichen Anteil der Ausgaben für die Eingliederungshilfe zu übernehmen. Nach dem Vorbild der Übernahme der Grundsicherung, die ja schon anteilig beginnend im Jahr 2012 erfolgte und für Ludwigshafen 2014 zu einer Entlastung in Höhe von rund 11 Mio. Euro führt, könnte diese Übernahme einen noch größeren Schritt in die richtige Richtung darstellen.
Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt selbst setzt seit Jahren mit einem konsequenten Konsolidierungskurs alles daran, in den von ihr beeinflussbaren Bereichen Einsparungen soweit wie möglich zu erzielen. Dies wird auch im Rahmen des vorliegenden Haushaltsentwurfs weiter verfolgt. Konsolidierung darf aber nicht pauschal bzw. ohne Rücksicht auf Verluste vollzogen werden, sondern muss verantwortungsvoll und mit Augenmaß und unter Berücksichtigung der möglichen Folgen geschehen, damit nicht langfristig höhere Kosten entstehen. Der sog. Rasenmäher mag zwar den einen oder anderen kurzfristigen finanziellen Erfolg generieren, auf lange Sicht schwächt er aber die Leistungsfähigkeit. Entscheidend ist hier die Nachhaltigkeit.

Gerade auch vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die stetig steigenden Personalkosten muss nach unserer Auffassung ein zukunftsweisendes Personalbewirtschaftungskonzept für die gesamte Verwaltung erarbeitet werden. Dieses zielt insbesondere auf die zukunftsgerichtete Steuerung des Personalbestandes hin. Mit gezielter Fortbildung sollten zum Beispiel aus dem eigenen Personalbestand regelmäßig auch Führungspositionen besetzt werden.

Für diese zukunftsgerichtete Steuerung des Personalbestandes ist es auf der einen Seite unbestritten wichtig betriebswirtschaftlich zu denken, damit ein Unternehmen, eine Verwaltung oder auch ein Betrieb sicher in eine stabile Zukunft geführt werden kann. Dazu zählt sicher auch über die notwendige Anzahl von Mitarbeitern zu reden und die Anzahl gegebenenfalls anzupassen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass hinter jeder nüchternen Nummer oder Zahl auch Menschen stehen, die

wiederum eine Familie versorgen müssen. So kann der Arbeitsdruck nicht unendlich erhöht werden. Ein hoher Krankenstand ist hier ein deutliches Indiz für Überlastung. Es kommt also auf die richtige Mischung an. Gerade in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten ist es wichtig einen guten Weg zu finden. Durch eine fundierte Zusammenarbeit mit Betriebs- oder Personalrat, in der die Mitarbeiter als Partner angesehen werden, kann positiv in die Zukunft agiert werden. Unternehmen und Verwaltungen können sich nur zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und unter Einbeziehung deren Kompetenzen und Wissen erfolgreich aufstellen und weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren,

Investitionen in unsere Kinder und Jugendlichen sind Investitionen in die Zukunft.

Eine umfassende Bildung und ein guter Schulabschluss sind grundlegend für die Aufstiegsperspektiven und Teilhabemöglichkeiten eines Menschen. Nur wer über eine solide Grundbildung verfügt, wird auch durch lebenslanges Lernen im weiteren Verlauf seiner Biographie mit dem rasanten Wandel in der Arbeitswelt Schritt halten können. Deshalb ist gerade die Ausstattung mit Kindergärten und mit Schulen für die SPD ein zentrales Thema in der Kommunalpolitik. Auch stellt die Vielfältigkeit von Bildungseinrichtungen ein wesentlicher Standortfaktor für die Integration, die Ansiedlung von Betrieben, aber auch von finanzstärkeren Einkommensschichten der Bevölkerung dar.

Viele notwendige Strukturveränderungen, die unser Bildungssystem fit für die Zukunft machen, wurden auf Bundes- und Landesebene beschlossen. Als Beispiel seien hier der Ausbau der Frühförderung der unter 3-Jährigen oder die Veränderungen in der Schullandschaft genannt. Diese Veränderungen ziehen jedoch enorme Investitionen in die bereits vorhandenen Kindergärten und Schulen unserer Stadt nach sich oder erfordern sogar Neubauten. Allerdings erhalten die Kommunen dabei nicht die notwendige finanzielle Unterstützung, die eigentlich erforderlich wäre.

Die Stadt Ludwigshafen hat gerade in diesem Bereich enorme Anstrengungen unternommen, sodass wir ein umfangreiches Angebot im Kindergartenbereich anbieten können. Baulich sind wir hier auf dem besten Wege. Allerdings haben wir große Probleme Erzieherinnen und Erzieher einzustellen. Eine absurde Situation: Während die bauliche Erweiterung der Kindergärten weitgehend abgeschlossen ist, können wir die notwendigen Gruppen nicht eröffnen, weil das Personal fehlt. Hier müssen wir noch weitere Anstrengungen unternehmen. Dies wird allerdings auch durch die Konkurrenz in der Metropolregion nicht einfacher.

Verlässliche Daseinsvorsorge durch kommunale Unternehmen

Gemäß dem jährlichen Beteiligungsbericht der Verwaltung ist die Stadt Ludwigshafen an ca. 30 Gesellschaften, einschl. des Wirtschaftsbetriebs (WBL) und der Sparkasse Vorderpfalz, unmittelbar und mittelbar beteiligt.

Öffentliche Dienstleistungen sind für unsere Stadt eine wichtige Daseinsvorsorge und unverzichtbar. Jedoch befindet sich auch die kommunale Daseinsvorsorge, wie so

Vieles im Wandel, so sind auch die städtischen Tochtergesellschaften dem ständigen Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Unsere kommunalen Unternehmen sind dem Gemeinwohl verpflichtet und haben eine besondere Verantwortung gegenüber der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern.

Sie sind schon seit Jahrzehnten verlässliche Partner und qualifizierte Leistungsträger: Sie helfen mit, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sichern die Energie- und Wasserversorgung, sind auf dem Gesundheitssektor und im Bereich der Stadtentwicklung aktiv, unterhalten den öffentlichen Personennahverkehr und bieten vielen Menschen in der Stadt und Region einen Arbeitsplatz.

Derzeit ist das Thema „Energiewende“ in aller Munde. Die Energielandschaft wird sich in Zukunft nachhaltig verändern. So ist es das Ziel der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, den in unserem Bundesland verbrauchten Strom bis 2030 komplett aus regenerativen Energien zu erzeugen. Wir stehen also am Anfang eines Umbauprozesses, der sowohl Bund, Länder und Kommunen mit ihren jeweiligen Stadtwerken tangieren und einiges abverlangen wird. Dies gilt auch für uns in Ludwigshafen und die Technische Werke AG (TWL). Eine große Herausforderung, die gemeinsam angegangen und bewältigt werden muss. Auf Neuerungen, gesetzliche sowie sich veränderten Marktgegebenheiten muss zeitnah reagiert werden, um auf Dauer die Leistungen und Angebote der Unternehmen zu sichern

Die Mobilität in einer Stadt ist eng mit ihrer Entwicklung verbunden. Hierzu gehört auch der öffentliche Personennahverkehr, eine wichtige Daseinsvorsorge für die Menschen und der auch mit zu den Standortfaktoren gehört. Die Bürger, die den ÖPNV nutzen, erwarten, dass er ihren Bedürfnissen entsprechend gestaltet wird, insbesondere was die Qualität der Haltestellen, Bahnen und Busse betrifft. Natürlich ist auch die Tarifstruktur für die Kunden des ÖPNV von besonderer Bedeutung. Dies gilt auch für Menschen mit geringen Einkommen, die auf den ÖPNV angewiesen sind. Deshalb unterstützt die SPD die Forderung der Sozialverbände innerhalb des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar zu prüfen, unter welchen Rahmenbedingungen die Einführung eines Sozialtickets machbar wäre. Gerade die Mobilität sozial schwacher Menschen ist ein notwendiger Bestandteil zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Uns ist bewusst, ein attraktiver ÖPNV erfordert entsprechende Finanzmittel, die nicht allein aus Fahrgeldeinnahmen aufgebracht werden können. Trotz permanenter Maßnahmen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch die Nutzung von Synergien und Umstrukturierungen. Bei aller richtigen und notwendigen Beachtung der Kostenfrage darf aber nicht vergessen werden, dass der ÖPNV gerade in Ballungsgebieten, auch bei uns in der Metropolregion Rhein-Neckar, ganz wesentlich zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt. So sorgen öffentliche Verkehrsmittel für eine Entlastung vom Individualverkehr auf den Straßen und tragen wesentlich zum Schutz der Umwelt bei.

Soziale Integrations-und Migrationspolitik

Seit über 50 Jahren sind in Ludwigshafen viele ausländische Bürgerinnen und Bürger aus vielen Nationen zu Hause. Anfangs kamen die Meisten von ihnen nur zum Arbeiten nach Ludwigshafen und wollten später wieder in ihre Heimat zurück. Für

Viele hat sich dies so alles nicht erfüllt. Für sie ist Ludwigshafen nun zu ihrer Heimat geworden. Für die SPD Stadtratsfraktion in Ludwigshafen war von Beginn an ganz wesentlich, Migrantinnen und Migranten in die politische Willensbildung mit einzubinden. Ein wichtiger Schritt war auch die Einrichtung des Beirates für Migration und Integration, der in allen Fragen der Migration betreffend zu hören ist.

Wir stehen auch für eine weitere Verbesserung der interkulturellen Fortbildungs- und Trainingsangebote für die Mitarbeiter / Innen in den kommunalen Einrichtungen. Eine Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden stellt hier einen wichtigen Schritt dar. Hier können Wissen und Erfahrungen ausgetauscht werden, was letztendlich auch den Antragstellern zugutekommt. Dies gilt aber auch ebenso für die freie Wirtschaft. Auch durch den Ausbau der Bildungsangebote an der Volkshochschule in diesem Bereich ist es gelungen die Bildungschancen und die Bildungssituation für Migrantinnen und Migranten erheblich zu verbessern.

Einen wichtigen Beitrag in der Migrationsarbeit leisten auch sehr viele Vereine in unserer Stadt. Hier besonders im Sport- und Jugendbereich. Dieses ehrenamtliche Engagement kann gar nicht hoch genug schätzen und würdigen.

Ehrenamt ist das Fundament unserer Gesellschaft

In Ludwigshafen engagiert sich eine große Zahl von Menschen ehrenamtlich in ganz verschiedenen Bereichen. Sie sind in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig und sind damit lebendige Vermittler und Mitträger des Gemeinschaftsgedanken. Ohne die Hilfe dieser Menschen würden viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens kaum mehr existieren. Dafür sagen wir ein herzliches Dankeschön. Bürgerschaftliches Engagement ist gerade in der heutigen Zeit eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Das Ehrenamt schafft soziales Kapital und trägt so zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt bei. Sowohl 2013 als auch 2014 sind wieder entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt und zwar ohne Kürzung, auf Basis der Vorjahre.

Sozialdemokratische Kulturpolitik

Ehrenamt spielt auch auf der kulturellen Ebene eine große Rolle. Viele Menschen engagieren sich gerade hier unermüdlich in vielen kleinen Kulturvereinen und Institutionen in vielen unterschiedlichen Bereichen. Kultur beginnt und wird vermittelt auch mit der Erziehung, in Kindergärten, Schulen und Vereinen. Hier werden seit Jahrzehnten die Grundlagen für ein späteres kulturelles Interesse gelegt. Auf diese breit angelegte Basis kann Ludwigshafen stolz sein.

Einen Bestandteil in unserer Kulturlandschaft stellt hierbei auch das Theater im Pfalzbau dar, das durch vielfältige Aktionen in Stadt und Region hinein wirkt. Auch hier wird eine wertvolle theaterpädagogische Arbeit geleistet, die vor allem Kinder und Jugendliche an das Theater heranführt. In der Metropolregion Rhein-Neckar hat unser Theater als Haus ohne eigenes Ensemble, neben dem Theater Heidelberg und dem Mannheimer Nationaltheater, als Gastspieltheater ein eigenes, unverwechselbares Profil. Dieses Profil gilt es in der Zukunft programmatisch weiter zu schärfen.

Gleichzeitig gilt es, auch durch verstärkte Kooperation in der Metropolregion, die sich stellenden finanziellen Herausforderungen zu schultern.

Alle Bereiche der Stadtverwaltung sind bemüht Einsparungen zu erzielen, um eben die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern. Da kann sich kein Bereich ausnehmen. Der jetzige Zeitpunkt ist daher auch der richtige Zeitpunkt, sich wieder auf die Stärken des Hauses als Gastspieltheater zu besinnen, aber auch die theaterpädagogische Arbeit verstärkt fortzusetzen.

Es wäre daher auch folgerichtig, konzeptionelle, strukturelle und personelle Änderungen im Kulturbereich insgesamt zu überdenken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser politisches Handeln ist stets auf die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ausgerichtet. Wir stehen auch künftig für eine solide und verlässliche Kommunalpolitik. D. h., wir stehen zu der uns von den Bürgerinnen und Bürgern übertragene Mitverantwortung für unsere Heimatstadt Ludwigshafen.

Dabei muss das Leben, Wohnen und Arbeiten der Menschen in Ludwigshafen und seinen Stadtteilen weiterhin im Fokus unserer politischen Arbeit stehen.

Die Kommunen sind es, die den Alltag der Menschen prägen. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Lebensbedingungen der Bürger nach Möglichkeit ständig verbessert werden. Dies setzt natürlich eine leistungsfähige kommunale Finanzausstattung voraus. Die Stärkung der Gemeinden und Städte und die Lösung deren derzeitiger Probleme müssen die Lösung aller verantwortlichen politisch Handelnden sein. Hier sind vordergründig Bund und Land gefordert. Bund und Land stehen in der Pflicht, Voraussetzungen für eine dauerhafte und stabile Finanzierung der Kommunen zu schaffen. Die Kommunen allein können dies unter den gegebenen Umständen nicht schaffen.

In diesem Zusammenhang den Eindruck zu erwecken, man müsse lediglich an einer Stellschraube ein bisschen drehen und dann könnten verschiedene Wünsche erfüllt werden, halten wir für nicht seriös. Der Antrag der Grünen zum Haushalt geht zunächst von einer Milchmädchenrechnung aus, indem die Gewerbesteuererinnahmen des letzten Jahres einfach nur rechnerisch um 10 Punkte erhöht werden. Wir alle wissen welchen vielen verschiedenartigen Einflüssen und welchen enormen Schwankungen gerade die Gewerbesteuer unterliegt. Die weitere Schlussfolgerung, die diesem Antrag zu Grunde liegt, ist dabei genauso falsch: Nur theoretisch angenommen wir könnten über eine Erhöhung Mehreinnahmen generieren, - und ich will hier gar nicht näher ausführen, was eine solche Erhöhung im Bezug auf unsere Verlässlichkeit gegenüber den Ludwigshafener Betrieben und Unternehmen bedeutet, wo wir doch gerade im letzten Jahr eine Erhöhung vorgenommen haben - so müssten wir eben diese zusätzlichen Einnahmen für die Begrenzung der Neuverschuldung der Stadt Ludwigshafen verwenden – auch in unserer Verantwortung gegenüber zukünftiger Generationen. Zusammenfassend bleibt ein Antrag übrig, der lediglich als rein populistisch zu betrachten ist – und dieses Vorgaukeln von nicht realistischen Annahmen gerade in diesen schwierigen Zeiten können wir nicht akzeptieren und werden folglich den Antrag ablehnen.

Wir wissen, die Herausforderungen sind enorm. Dennoch werden wir nicht den Kopf in den Sand stecken. Jede Tunnelfahrt geht einmal zu Ende und man sieht wieder Licht.

Willy Brandt hat einmal treffend gesagt. „Nichts kommt von selbst. Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will, wenn Gutes bewirkt werden soll“.

Abschließend bedanken wir uns beim Stadtvorstand, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Personalrat und den mit im Konzern Stadt verbundenen Unternehmen für ihre geleistete Arbeit im Interesse unserer Stadt.

Ein besonderer Dank gilt dem Kämmerer Dieter Feid und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei und den Fachdezernaten, die unsere Anfragen und noch notwendigen Erläuterungen zum Haushalt immer zeitnah nachkamen. Wir müssen die vor uns liegenden zwei Jahre auch nutzen, um gemeinsam mit der Verwaltung die Transparenz und Lesbarkeit des Haushaltes zu verbessern. Hierzu ist bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Einen Bestandteil stellt auch der Versuch dar, eine bessere Nachverfolgbarkeit des Status von beschlossenen Projekten zu erreichen. Auch hier muss eine Lösung erarbeitet werden.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

wir sind zwar hier im Stadtrat, dennoch halten wir es für angebracht, von dieser Stelle aus dem langjährigen Ministerpräsident von RLP Kurt Beck, auch einen Dank für sein immer offenes Ohr und sein Engagement für unser Ludwigshafen abzustatten. Wir wissen Kurt Beck hat sich immer zu unserer Stadt bekannt und für Ludwigshafen wesentliche Projekte unterstützt.

Wir sind sicher, dass die Nachfolgerin von Kurt Beck, Malu Dreyer, diesen Weg fortsetzen wird.

Die SPD-Stadtratsfraktion stimmt dem heute vorliegenden Doppelhaushalt 2013/2014 mit der Änderungsliste zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.